

Krupp von Bohlen und Dalbach zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt hätten, hätten sie den Nagel auf den Kopf getroffen. Das Blatt hofft, daß diese ernste Warnung der Bevölkerung an der Ruhr und im Rheinland, deren Blute auf Berlin allein gerichtet gewesen seien und die sich eingebildet habe, Frankreich werde niemals ihnen gegenüber die starke Hand zeigen, die Augen öffnen werde. Je mehr Frankreich gefürchtet werde, umso härter werde es sein und um so eher beschleunige es die Lösung, nämlich die Unterwerfung Deutschlands unter den Willen der Sieger.

London, 10. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, man werde in England zwar nicht sentimental wegen des über Krupp gefällten französischen Urteils, sei jedoch der Ansicht, daß das Urteil kaum dazu angetan sei, die Deutschen zu ermutigen, ihren passiven Widerstand aufzugeben, oder mit neuen und besseren Reparationsvorschlägen hervorzutreten. — Die „Westminster Gazette“ sagt in ihrem Leitartikel, die britische Regierung werde vielleicht nicht den Mut haben, irgendeine öffentliche Vorlesung wegen der Berliner Urteile zu wagen, aber das französische Volk könne aus der englischen Presse die Warnung entnehmen, daß es das Gefühl der Gerechtigkeit beleidigt habe, das bei dem Durchschmitt-Engländer vorhanden sei. Die Berliner Urteile stießen durch ihre Strenge fast jeden Teil der öffentlichen Meinung in England vor den Kopf. Das Blatt erwartet davon eine Festigung des passiven Widerstandes in allen Kreisen Deutschlands. — Die liberale „Daily News“ schreibt: Das Urteil sei nicht auf Grund belastenden Materials zustande gekommen, sondern trotz eines im Vergleich hierzu fehlenden Materials. Das Frankreich des zwanzigsten Jahrhunderts betrachte jeden Widerstand gegen Invasionen französischer Truppen als Verbrechen und bestrebe, um seiner Ansicht Geltung zu verschaffen, seinen eigenen Ruf als Land der Gerechtigkeit.

Warum der Wiederaufbau nicht vorwärts geht.

Der Senator Debierre ließ in der Zeitschrift „La Cigarette“ einen Artikel Monsieur Masgeier bei Tisch“ erscheinen, in dem er nachweist, daß in Belgien der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fast vollendet ist, daß in Frankreich dagegen so gut wie nichts geschah. Debierre hat sich durch eigene Anschauung die Antwort auf diese Frage geholt. Ist Deutschland daran schuld? fragt er — und antwortet Nein! Schuld ist die französische Regierung, umgeben von der Glorie der französischen Unternehmern, in deren Taschen die Milliarden verschwinden, die mit den gestohlenen Materialien die ungeborenen Schiebergeschäfte treiben, die verhindern, daß die von Deutschland angebotenen deutschen Arbeitskräfte im Wiederaufbau sich betätigen können. Debierre erzählt, daß in nordwärts hingestellten Ruinen in den zerstörten Städten jeden Nachmittag Schieberbörse ist, daß hier der Handel aller Art sich mit den bedeutendsten Unternehmern zusammenfindet, daß hier gestohlen und betrogen wird nach allen Regeln der Kunst, daß an diesen Stellen das gestohlene Material zum Wiederaufbau und der empfangene Schadenersatz willkommenes Mittel zur wüsten Spekulation wird. Debierre fährt wörtlich fort: „Das Geld rollt, man trinkt Champagner aus blumigen großen Gläsern und veranlaßt seine Soupers auf nordwärts zusammengestellter Robence, man tanzt in Hotels, wo die Glasfenster noch durch Badier ericht sind. Aber die Kleider sind hochmodern und der Seidenstrumpf ist delikate. Das Büffet ist alänzend besetzt und der Umsatz wahrhaftig überreichlich. Nicht weit man wieder einmal, was aus den deutschen Reparationsmilliarden wird.“

Amerikas Völkerverfeindlichkeit durch die Ruhraktion verstärkt.

In einem Leitartikel in der „Times“ gibt Lord Robert Cecil die Gründe wieder, die er bei seinem kürzlichem Besuch in Amerika über die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Völkerverbund erhalten habe. Er schreibt, in Amerika scheint jedermann der Ansicht zu sein, daß die Belegung des Ruhrgebietes vollständig unvereinbar sei mit dem Geist des Völkerverbundes und den allgemeinen Verpflichtungen seiner Mitglieder. Er habe keinen einzigen Mann getroffen, der nicht der Ansicht gewesen sei, daß die Ruhraktion das größte Hindernis für die Wirklichkeit im Völkerverbund sei. Viele hätten erklärt, es habe keinen Zweck, daß Amerika dem Völkerverbund beitrete, solange andere Mitglieder des Bundes zeigen, daß es ihnen nicht wirklich ernst damit sei, internationale Streitfragen anders als durch Gewalt zu lösen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Genuß.

Damit der Lebensgenuß den Seelenfrieden herbeiführt, muß er von der Vernunft bestimmt und geleitet werden. Böbell.

Nach Waterloo

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fritz Rigel.

Und nur dem Todesmut und der Zähigkeit der im Zentrum der Verbündeten stehenden Truppen, unter welchen sich die nassauischen Bataillone befanden, war der beispiellose Erfolg zu verdanken; denn hätten diese Braven nicht ausgehalten, wäre das Zentrum durchbrochen und die Schlachtlinie der Verbündeten ausgerollt worden. So war denselben eine furtholose Niederlage gewiß und unabsehbar wären die Folgen einer solchen Niederlage für die Völker Europas gewesen.

III.

Ueber Nacht hatte der erste Frost eingelegt. Unter seiner Nachwirkung taumelten die roßbraunen und salben Blätter der Buchen und Birken bei dem Wehen des Nordostwindes von den Zweigen zu Boden und blendeten mit ihren grellen Farben das Auge des einsamen Wanderers, welcher die von Bangenschwallbach über die sogenannte Kemeler Heide laufende Fahrstraße herauschritt. Es war Konrad Werner, der erst heute, fünf Monate nach der Schlacht bei Waterloo, von seinen Wunden genesen war. Monatslang hatte er im Bazarret zu Soln zugebracht, war dann mit einem Transport Refraktoleszenten zu Schiff nach Wiesbaden befördert worden und hatte vor einigen Tagen in Wiesbaden als Halbinvalid seine Entlassung vom Soldatendienste erhalten. Wählig zog ihn sein Herz zur Heimat, welche er seit dem Tage, als er vor sieben Jahren zu den kaiserlichen Fahnen eingezogen worden war, nicht mehr gesehen hatte, denn seine gute Mutter und zwei inzwischen verheiratete Schwestern warteten daselbst seit Jahren sehnsüchtig auf sein Kommen. War er doch der Seinen Stütze und Halt gewesen, als der Vater vor 10 Jahren verstorben war und hatte er doch, trotzdem er noch ein blutjunger Bursche gewesen, das mittelgroße östliche Bauerngut mit einer bei seiner Jugend seltenen Tüchtigkeit bewirtschaftet und in Ordnung gehalten. Da

Die höchsten, die mannigfaltigsten und die anhaltendsten Genüsse sind die geistigen, wie sehr auch wir in der Jugend uns darüber täuschen mögen.

Die Probe eines Genusses ist seine Erinnerung.

Jean Paul.

Reuenbürg. (Bezirksratsitzung vom 3. Mai.) Die Dienstbezüge der Beamten und Angestellten der Amtsgerichtsverwaltung werden zur Zahlung angewiesen und der Wert der Sachbezüge neu geregelt. Die aufgestellten Grundstücke für die Dienstwohnungsbildungen der Oberamtsbeamten ab 1. Oktober 1922 werden genehmigt. Das Betriebskapital der Oberamtsverwaltung wurde der eingetragenen Geldentwertung entsprechend von 2 auf 10 Millionen Mark erhöht. Die angefallenen Dolzerlöse im Gesamtbetrag von 9120725.— Mark werden teils zur Schuldentilgung, teils zur Erhöhung des Betriebskapitals und zur Stärkung des Fonds für die Krankenversicherungsverwendung. Die Liquidation der Beitragsstrafen der Gemeinden haben zu vielfachen Beanstandungen hinsichtlich der Unterhaltung geführt. Zur Befreiung derselben hält der Bezirksrat eine strengere Kontrolle, sowie eine teilweise Nachprüfung in Bezug auf die Anforderungen der Bezirksverwaltung für notwendig. Der Aufwand für die Graben- und Dolteneinigung der Staatsstraßen für 1923 wird übernommen. In der Frage der Wiederbeschaffung der erledigten Oberamtsbeamtenstellen soll eine Lösung nach der Richtung gesucht werden, daß an Stelle eines Oberamtsbeamten ein nebensächlicher Obersekretär gewonnen wird. Die Verpflegungs- und Gehaltsverträge des Krankenhauses werden der fortgeschrittenen Teuerung entsprechend erhöht. Die Zinsfaktoren für feste Gelder (Depositen) der Oberamtsverwaltung werden neu geregelt. Zur Finanzierung der Zukunftsversorgung wird dem Kommunalverband ein zeitlich befristeter Girokredit bis zur Höhe von 20 Millionen Mark bei der Oberamtsverwaltung eingeräumt. Die Unterhaltungsbeiträge für Erwerbslosenfürsorge werden vom 16. April 1923 ab erhöht.

Reuenbürg, 12. Mai. Bei dem gestrigen Inzert des Bez.-Verbands Reuenbürg des Mürit. Schwarzwaldb.-Bereins bitten wir bezügl. der Abwärtszeit statt 2.50 zu lesen 6.15 Uhr.

Neueste Nachrichten.

München, 11. Mai. Der Polizeipräsident Röck tritt von seinem Posten als Münchener Polizeipräsident zurück. Heute vormittag verabiedete sich der Polizeipräsident von den Referenten des Hauses und den Beamten der Schutzmannschaft.

München, 12. Mai. Das Münchener Volksgericht hat der Haftbeschwerte des Journalisten Franz von Puttkammer nunmehr stattgegeben und wird ihn gegen eine Kaution von fünf Millionen Mark aus der Haft entlassen. — Der Hochverratsprozeß Fuchs-Nachhaus wird am vierten Juni vor dem Volksgericht in München beginnen. Es ist für den Prozeß zunächst eine Verhandlungswoche in Aussicht genommen. — Das Konzert, das in der vorigen Woche die vereinigten Rudervereine von Vöckum, Dortmund und Essen in München im Zirkus Krone veranstaltet hatten, hat, wie die Abrechnung jetzt ergibt, einen Reinertrag von 11 Millionen Mark erbracht. Die Summe ist den Bürgermeistern der Städte Vöckum, Dortmund und Essen überwiesen worden. Das ist wohl die höchste Einnahme, die bisher in Deutschland eine Konzertveranstaltung erzielt hat.

Rauhenheim, 11. Mai. In den letzten Tagen wurden hier zwei Polizeibeamte in Zivil an der Grenze des besetzten Gebietes von den Franzosen wegen Verletzung der Grenzvorschrift festgenommen. Gegenüber einem dritten, ebenfalls ins Gefängnis nach Ludwigshafen abgeführten Beamten, äußerte sich ein französischer Offizier dahin, der Schutzmann sei von seinen eigenen Landsleuten verraten worden.

Frankfurt a. M., 11. Mai. Für die Erinnerungsfeier an die erste deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche macht sich allgemein großes Interesse geltend. Wie wir hören, wollen u. a. der deutsche Reichstag mit 40 Mitgliedern, der heftigste Landtag mit 35 Mitgliedern am 18. Mai in Frankfurt vertreten sein. Die Namen der Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, die mit dem Reichspräsidenten nach Frankfurt kommen werden, werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Von den

kam die Einberufung. Napoleon brauchte für seine mörderischen Kriege Soldaten und stellte die jungen Leute, mochten sie zu Hause einberufen sein oder nicht, rüstlos unter sein eisernes Regiment. Konrad hatte mehrere Feldzüge mitgemacht, war unter den Wenigen gewesen, welche den Rückzug aus Russland glücklich überstanden hatten, dessen Strapazen ihn aber monatelang an das Krankenlager fesselten. Wieder genesen, wurde er dem Befreiungsheer einverleibt, in welchem er es zum Range eines Unteroffiziers brachte und als solcher in der Völkerschlacht bei Leipzig mitfocht. Auch nach dem Pariser Frieden von 1814 mußte er noch bei dem Heere verbleiben, so daß es ihm seit seiner Einberufung nicht ein einziges Mal möglich gewesen war, sein kleines Dörfchen auf der Kemeler Heide heimzuzufahren. Die wieder eröffnenden Feindseligkeiten im Jahre 1815 hatten sodann seine bevorstehende Entlassung verhindert; mit anderen in dem Heere der Verbündeten dienenden Landsleuten wurde er der nassauischen Brigade zugeteilt, bei welcher er, wie wir gesehen haben, die Schlacht bei Waterloo mitmachte.

Dachte er an das blutige Ringen dort im fernen Belgien zurück, so hatte er Mühe, die Tränen über das Schicksal seines unglücklichen Kameraden Heinrich Schilling zurückzudrängen. In der kurzen Zeit ihres Zusammenlebens unter den Fahnen hatte er den jungen Mann mit dem bildhübschen Gesicht, dem redlichen Gemüt von Herzen begehonnen, welche Zuneigung durch die Erzählung des Freundes am Abend vor der Schlacht noch bekräftigt worden war. Mit immerem Jagen dachte er an das Versprechen, welches er dem Gefallenen gegeben hatte, die letzten Grüße an dessen Weib und Kind zu überbringen. Wenn auch die Nachricht von dem Tode Heinrichs schon seiner Witwe zugegangen war und der erste Schmerz sich wohl im Laufe der verfloffenen Monate etwas gemildert hatte, so dachte ihm doch der Gang zu der Armen der schwerste, welchen er in seinem Leben getan hatte. Konnte er doch der bedauernswerten Witwe nicht einmal zu deren armseligem Trost die Stütze bezeichnen, wo der Braue den ewigen Schlummer schlief; gewiß hatte ein Massengrab den Unglücklichen aufgenommen. Kon-

Rachkommen der alten 48er wird u. a. der Sohn des damaligen Präsidenten der Nationalversammlung, General von Gager, Hebeimat von Gager, der Veranlassung sein zu bewohnen.

Wiesbaden, 12. Mai. Die Arbeiterin Breders wurde in ihrer Wohnung von einem Marokkaner durch Schießen die Brust schwer verletzt.

Düsseldorf, 11. Mai. Heute vormittag wurde vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf gegen den Bürgermeister Schökel stellvertretender Oberbürgermeister von Essen, der von dem Kriegsgericht in Werden und Recklinghausen zu 2 und 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, verhandelt. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe.

Düsseldorf, 11. Mai. Nach einer Meldung der „Düsseldorfer Nachrichten“ wurden Krupp von Bohlen und Dalbach und die anderen mit ihm Verurteilten am Mittwoch in das Gefängnis zu Derendorf übergeführt, wo sie bis zur Entscheidung über die gegen das Werden-Urteil eingelegte Revision verbleiben werden.

Selketal, 11. Mai. Hier kam es am 9. Mai zu einem Zusammenstoß der Polizei mit Arbeitslosen, die den Angriff auf die Polizeiwache unternahmen. Drei Polizisten und ein Polizeibeamter wurden verletzt. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Essen, 11. Mai. Infolge Kohlenbruch und Verstopfung der Steuerung fuhr gestern früh 5 1/2 Uhr ein Krupp'scher Lastzug, das Arbeiter von Werden nach Essen zur Arbeit brachte, gegen eine Mauer. Von den auf dem Auto befindlichen Arbeitern wurden der Arbeiter Stein getötet, 20 Arbeiter wurden verletzt, darunter drei schwer. neun der Verletzten mußten in Krankenanstalten überführt werden.

Berlin, 11. Mai. Die Verbände der deutschen Offiziere nehmen zu den französischen Kriegsgerichtsurteilen in Werden in einer Rundgebung Stellung, worin sie erklären, daß die zynischen Urteile von Werden von einer Kameraden, wie sie nur dem Bewußtsein der eigenen moralischen Minderwertigkeit entspringen könne. Sie grüßen in den Verurteilten aufrechte Kameraden und stolze Vorkämpfer der deutschen Sache.

Berlin, 12. Mai. Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag die Parteiführer zu einer Besprechung über die politische Lage nach der französisch-belgischen Antwort.

Berlin, 12. Mai. Der Berliner Lokalanwalt aus Breslau, daß das deutsche Zugpersonal eines belgischen Güterzugs auf dem Güterbahnhof Morgenrot von zwei polnischen Bande überfallen und mit Gewandknäpeln bedroht worden ist. Die polnischen Eisenbahner am Bahnhof sahen dem Treiben der Bande ruhig zu. Die Verletzungen der sieben Eisenbahner sind schwer. — Die belgische Gaskaserne „Brunnenhof“ in Worpelweide ist durch ein Feuer vollständig vernichtet worden. Die Feuerwehr war sich auf die Bergung des Inventars der dort wohnhaften Maler beschränkt. Wegen der Kostbarkeit der festgestellten Inneneinrichtung ist der durch das Feuer angerichtete Schaden enorm.

Hamburg, 11. Mai. Bei einem Brand, der in Eschwarder in einem mit Stroh bedeckten Hause ausbrach, brannten drei Kinder eines Arbeiters, die auf dem Dachboden schliefen. Das Haus brannte vollständig nieder.

Bern, 12. Mai. Der Schweizer Bundesrat beschloß durch einen Sondergesandten den Opfern des Louvain-Attentats sein Beileid auszusprechen zu lassen.

Bern, 11. Mai. Bei einer Gefechtsübung der Jäger-Regimentschule Bellinzona ging aus bisher noch nicht festgestellter Ursache plötzlich ein Maschinengewehr in die Luft, erhielt etwa 30 Schüsse. Der Kopf des Unglücklichen wurde vollständig vom Rumpfe getrennt. Das Militärdepartement des Kantons Tessin teilt dazu noch mit: Haupt-

rod war bei dem letzten Angriff der französischen Gendarmen infolge seiner vielen Wunden bewußtlos hingelassen und erst nach zwei Tagen im Feldlazarett wieder zur Besinnung gekommen, so daß es ihm nicht möglich gewesen war, nach dem Gefecht das Schlachtfeld nach Heinrich abzuschauen. Da dieser aber tot und nicht etwa nur verwundet war, darüber bestand gar kein Zweifel, denn der Name des Freundes fand sich unter den Gefallenen auf der Bestattungsliste des nassauischen Kontingents, deren lange Reihe bewies, mit welchem Mut und welcher Todesverachtung sich die Nassauer geschlagen hatten.

Als jetzt bei einer Wendung der Straße ein langgespannter, bewaldeter Berggärtchen dem Wanderer in Sicht kam, verlangsamte derselbe seine Schritte, gerade als wollte er die Augenblicke des Widerlebens der Heimat und der Seinspeis verzögern. Noch eine halbe Stunde hatte er zu marschieren, dann war das hinter jenem Berggärtchen, dem „Grauen Kopf“ gelegene Dörfchen erreicht und die einstige Ruhe des Bauernlebens winkte ihm vorausschicklich für seine ganze spätere Lebenszeit, nach dem aufregenden Kriegesleben der letzten Jahre. Ob er sich an das einförmige Dörfchen wieder zu wöhnen, ob die Bauernarbeit sein noch beständiger Beschäftigung strebendes Naturell voll befriedigen würde? In den Jahren der Mühen und Gefahren hatte sich Konrads Gesichtskreis ungemein erweitert; naturgemäß hatte der Erdbotenberuf den Ehrgeiz in seiner Brust geweckt, und es war der stolze Moment seines Lebens gewesen, als ihm der Hauptmann ankündigte, daß er zum Unteroffizier befördert worden sei. Ein Gefühl von geringschätzung überkam ihn, wenn er an die kleinen Verhältnisse in dem heimlichen Dörfchen dachte; als er jedoch den majestätischen Turmwald erreicht hatte, durch dessen Kronen der Nordostwind rauschte, als er an den Stätten vorüberstrich, an welchen er sich als Bude fröhlich mit den Kameraden getummelt hatte, da regte sich in seinem Innern ein traumliches Gefühl, als hätte jetzt alle Not und alle Drangsal des Lebens für ihn ein Ende.

(Fortsetzung folgt.)

mann Locher Störungen auf geßung vor die wobei eine A wofen.

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

München, 11. Mai. Der Oberbürgermeister von München hat die Reparations- und nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

London, 11. Mai. Die Antwort Sie wird der mitgeteilt. Es fand. In die nicht vor Son teilung an die an Deutschland Wählfommern fo Reparations- u nationalen Bir

der Höhe des
sammlung, fertigt
der Geschäfte

erin Treder
er durch Schilf

tag wurde vor
ärgermeister Sch
ffen, der von
hausen zu 2 mit
e, verhandelt. 2
10 Millionen

ner Meldung
op von Gölzer
teilen an Wasser
führt, wo fr
ogen das Wasser
den.

es am 9. Mai
beitslos, die
nen. Drei Zus
verleht. Die

uch und Be
hr ein Kranz
er Effen zur
f dem Auto
ein geüdet. 22
er. Neun der
ber werden.

ber deutschen
sgerichtsleiter
worin sie
on einer K
eigenen monat
die größten in
lze Vorkämpf

er empfang
predchung die
den Antom.

Sokalan, wie
nals eines deut
ngentrot von
unfichtspunk
isenbahner zu
uhig zu. Die
er. — Die
st durch ein
Feuerwehr
dort wohn
der feststimm
angestrich

and, der in
ausbreit, w
auf dem Dach
nieder.

Bundesrat be
in des Lan
en.

Übung der
hisher noch
chinengewehr
da dessen N
des Unglück
t. Das Mü
noch mit: Das

öflichen Gur
angelanten
zur Befest
besen war, n
abzuschle
et war, dar
Freundes
neigste des
mies, mit
die Kasse

ein langgez
in Sicht
ls wolle er
der Seiner
zu marsch
Brauen Kopf
eine ganze
leben der
seiner
inder
ndiger Bef
würde? In
Konrad der
he der
st, und es
als ihn
fiser be
überam
im heimlich
ischen
Rordost
it an w
der getrennt
uliches Gef
Lebens für

mann Locher bog sich zu einem Maschinengewehr, welches
Stellungen aufwies. Als er sich nach einer kurzen Ueber-
prüfung vor dem Gewehr befand, ging dieses plötzlich los,
wobei eine Anzahl Schüsse den Hauptmann in den Kopf
trafen.

London, 11. Mai. Wie Neuter erfährt, ist die britische Antwort auf die deutsche Note nunmehr fertiggestellt. Sie wird der französischen Regierung jedoch heute noch nicht mitgeteilt. Sie wird indessen wohl morgen nach Paris gesandt. In diesem Fall könnte die Antwort Deutschland nicht vor Sonntag mitgeteilt werden da zwischen der Mitteilung an die französische Regierung und der Uebermittlung an Deutschland 24 Stunden liegen müßten.

Washington, 11. Mai. Die amerikanischen Handelskammer fordern in einer Entschließung zur Regelung der Reparations- und Schuldenfrage die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz unter Ausschluß der Politiker.

Friedrich Adler von Braun 4.

Bünden, 11. Mai. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag verschied an den Folgen einer schweren Operation in einem Münchener Privatklinikum Friedrich Adler von Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrats und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft. Mit ihm verliert das deutsche Wirtschaftsleben und vor allem die deutsche Landwirtschaft eine ihrer hervorragendsten Persönlichkeiten. Von Braun war am 28. April 1883 in Nürnberg geboren und nach beendigem Hochschulstudium mehr als dreißig Jahre bayerischer Verwaltungsdirektor. Im Jahre 1916 wurde er als Unterstaatssekretär in das Kriegsernährungsamt berufen, das er bis Frühjahr 1919 leitete. Nach seinem Ausscheiden wurde er geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft und bei der Bildung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats einstimmig dessen erster Präsident. Politisch gehörte von Braun der bayerischen Mittelpartei an. Im Juli 1920 wurde er in den Reichstag gewählt.

Die täglichen Gewaltmaßnahmen.

Der Oberbürgermeister von Speyer, Veiling, ist von der Ortsratsbehörde verhaftet worden. Als Grund wird angegeben, der Oberbürgermeister habe die Verordnung über die Benutzung der Eisenbahnübergänge nicht befolgt, so daß ein langer Mann durch eine Lokomotive der militärisierten Bahn von Leben gekommen sei. Tatsächlich hatte aber das Oberbürgermeisteramt jene Überze durchsahnen und Warnungsschilder an der Ungefährsstelle anbringen lassen. — Die Stadt Offen wurde wegen angeblicher Beschädigung von Telephonleitungen mit 4 Millionen Mark Geldstrafe belegt, die binnen acht Tagen zu bezahlen sind, widrigenfalls zwei Abgeordnete verhaftet und zwei Monate in Haft gehalten werden. — Telegraphenleiter Friedrich, der seit der Kasseeinweisung des Telegraphenrichters Jäne das Offener Telegraphenamt leitete, ist aus unklaren Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Baden gebracht worden. — Der Leiter des Eisenbergarbeiterverbandes in Aachen, Schöffel, wurde in Aachen von den Belgieren verhaftet. Der Grund ist unbekannt. — Auf der militärisierten Straße Bedou-Intorf wurde in der Nacht zum Donnerstag früh eine große Sprengung vorgenommen. Die Straße wurde erheblich beschädigt. Der Bürgermeister des in der Nähe der Sprengstelle liegenden Ortes Angermund ist von den Franzosen als Geisler verhaftet worden.

Kündigung gegen das Werbende Schand-Urteil.

Offen, 11. Mai. Die heutige Kündigung der gesamten Offener Bevölkerung, mit der sich das ganze Kulturgebiet solidarisch fühlte, nahm einen wahrhaft erbebenden Verlauf und zeigte einen einheitshaften und unbedingten Willen der Bevölkerung. Alle Geschäfte und Lokale waren geschlossen und ihre Fenster verhängt. Sämtliche Gumnasien, Lyzeen und Volksschulen hatten ihre Schüler um 10½ Uhr entlassen. Um 11 Uhr begannen die Streiken der Fabrikanten zu heulen und alle Arbeiter aus Anstalten strömten eiligst nach Hause. Wie eine Detonation wurde es empfunden, daß gerade in diesem Augenblicke ein französisches Automobil mit höheren Offizieren in einen Weg durch die von den Kruppischen Arbeitermassen dort geschützte Alendörferstraße dahinfuhr. Ebenso rasch wie die Straßen sich füllten, leerten sie sich dann aber auch. Um 12 Uhr wurde auch der Straßenbahnverkehr eingestellt. Von 12 bis 3 Uhr war außer einigen französischen Soldaten und französischen Autos kein Mensch auf den Straßen zu sehen. Kleinrädiger Betrieb arbeitete. Erst von 3 Uhr ab setzte das Verkehrswesen wieder ein. Um 4 Uhr riefen die Streiken zu neuem Eifer. Die aus dem Volk heraus geborene Kundgebung ist ein bedeutames Zeichen dafür, daß der deutsche Stolz nicht gewillt ist, sich fremder Schrecken Herrschaft zu beugen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstags sind zunächst die acht Ergänzungen des Verordnungsgebotes, wodurch die Gehälter der Reichsbeamten neu geregelt werden, obligatorische Annahme. Der Deutsche Reichsausschuss wird damit abgeschlossen, daß die sozialdemokratische Fraktion betreffend Verbringung der Kosten der Ernährung und die kommunizistische Entscheidung betreffend Erhaltung der Sachwerte dem Steuerausgleich überwiesen werden. Es folgt die 2. Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung, der mit einer Entschließung der Abgeordneten Franz Baum (Soz.) gegen die Rechte und einen Teil des Zentrum Annahme findet, worin Forderungen für Fische und Nachrichten verlangt werden. Die Erörterung des Reichsausschusses, des Wasserstraßen-, des Luft- und des Kraftverkehrs, sowie der Etat des Reichspräsidenten finden ebenfalls Annahme. Angenommen wird ferner eine Entschließung, in der ein Kanal im mitteldeutschen Braunkohlengebiet zwischen Elbe und Oder verlangt wird. Daraus tritt das Haus in die 2. Beratung des Gesetzes betreffend Reichsausschuss und Reichsausschüsse ein. Abgeordneter Obermeyer (Soz.) erklärt, daß in der Ausschlußberatung die Regierungsvorlage in vielen Punkten verwickelt worden sei, weshalb er diese ablehnt, ebenso die Befristung des Gesetzes bis zum 31. Juli 1922. Abgeordneter Guttentag (Deutschl.) lehnt die Vorlage ab, da nur die freie Wirtschaft das letzte Wohnungsproblem sein könne. Abgeordneter Winnefeld (Wst.) sagt, daß an dem in der Verfassung verankerten Recht des Eigentums an den Hausbesitzer wenig mehr übrig bleibe. Man hätte dem Vermieter das Kündigungsrecht und dem Mieter das Einziehungsrecht geben sollen. Einen Fortschritt bringe die Vorlage, wenn die Streitfälle statt den Mietverhältnissen, den Hausbesitzern überwiege. Unbillig sei es, daß der Vermieter aus von Renten in Anspruch genommen werden könne, die der Hausbesitzer in der schlimmsten Weise ausbeutet. Ein Teil seiner Forderungen werde der Vorlage zustimmen, wenn die Rechte der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angenommen würden. Auch der Abgeordnete Aulich (Dem.) stimmt unter dieser Voraussetzung dem Gesetz, an dem weder Richter noch Vermieter ihre Rechte hätten, zu, desgleichen Abgeordneter Behmer (Wst.), der in der Vorlage einen Fortschritt erblickt. Abgeordneter Eichhorn (Comm.) bezeichnet die Vorlage

als Angstprodukt, das das Wohnungsproblem nicht lindern werde. In der Einzelberatung werden die Paragrafen meistens in der Ausschlußberatung mit den Anträgen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angenommen. Danach folgt eine Kündigung durch den Vermieter u. a. nur erfolgen wegen erheblicher Verletzung des Vermieters oder eines Hausbewohners oder wegen Mißbrauchs der Wohnung seitens des Mieters. Die Kündigung kann nur im Wege der Räumungsklage, die bei den Amtsgerichten anhängig gemacht werden muß, stattfinden.

Berlin, 11. Mai. Der Reichstagsrat des Reichstags bestimmt heute den Geschäftsplan für die nächsten Tage in der Weise, daß am Samstag mit der dritten Lesung des Haushaltsplans für 1923 begonnen wird. Von einer allgemeinen Debatte wird abgesehen werden. Die Beratung beginnt vielmehr mit der Aussprache über die innere Politik auf Grund des Haushalts des Ministeriums des Innern. In Verbindung mit dieser Debatte werden die Interpellationen über das Verbot der deutschösterreichischen Freiheitspartei besprochen werden. Die Aussprache des Reichsanwalts und des Ministers des Innern werden an das Ende der Geschäftsberatung gestellt werden, da die Regierung noch die englische und die italienische Antwortnote abwarten will, so daß dann am Mittwoch oder Donnerstag die letzte Plenarsitzung vor der Pflanzpause abgehalten werden kann.

Der französische Weibraub.

Berlin, 12. Mai. Nach einer Mitteilung des Vizepräsidenten der Reichsbank, von Gajenapp, wurden von den Franzosen seit Beginn der Kubinkonfession nicht weniger als 27.180.000 000 Mark gewaltsam fortgenommen.

Zur Sicherung der Brotversorgung.

Berlin, 12. Mai. Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Nahrung und Ernährung beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung. Die Regierung will eine Vorratsmenge bis zu 3½ Millionen Tonnen ansammeln. Davon sollen bis zu 2 Millionen Tonnen durch Einfuhr, und mindestens 1½ Millionen Tonnen aus dem Inland durch Verträge mit den Erzeugern und Verkäufer-vertretungen bis zum 15. Juni 1923 gesichert werden. Der Brotpreis wird frei sein. Damit ist die Notwendigkeit von Futtermitteln für Viehzüchter gegeben. Die dazu erforderlichen Mittel sollen durch Erhebung einer Abgabe in Höhe der Zwangsanleihe ab 1. Juli 1923 aufgebracht werden.

Berlin, 11. Mai. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedete eine Verordnung, wodurch die Bestimmungen über den Kaufsich der Wohlverdienenden von Markenbroten abgeändert werden. Nach der Verordnung vom 18. September 1922 konnten auch derjenige, der auf Grund seines Einkommens im Steuerjahr 1921 oder weil eine Steuererhöhung für 1921 nicht vorlag, vom Markenbroten im laufenden Wirtschaftsjahr an und für sich ausgeschlossen war, die öffentliche Brotversorgung in Anspruch nehmen, wenn er nachwies, daß sein Einkommen im laufenden Wirtschaftsjahr das Vierfache des für 1921 als Grenze festgesetzten Einkommens nicht überstieg. Da seit dem Druck des vorigen Jahres infolge der Markeninflation die Kosten der Lebenshaltung sich außerordentlich steigerten, wurde nunmehr statt dem Vierfachen das Fache festgesetzt. Eine weitere Bestimmung der neuen Verordnung stellt hinsichtlich der Frage, ob der Wohlverdienend vor dem Bezug von Markenbrot berechtigt ist, auch die Antwort von ihm auf Grund geistlicher Verpflichtung unterhaltenen Personen den Haushaltsangehörigen gleich.

Zurückweisung der Anschuldigungen Ahdens.

Düsseldorf, 11. Mai. Das Landessammlerkollegium veröffentlichte eine lange Erklärung, in der es die Vorwürfe zu entkräften sucht, wonach ungenügende Ueberwachungsmassnahmen getroffen wurden. Es verweist auf die guten Ueberwachungsmassnahmen auf der ersten Konferenz und stellt fest, daß auf der zweiten Konferenz die Polizei nicht aufgeführt wurde, Maßnahmen zum Schutze der Kassen zu ergreifen, die im übrigen als Privatverrichtungen galten. Außerdem habe die Polizei keine Kenntnis von einem Komplott gegen Borowski gehabt. — Im Beginn des zweiten Teil der Dusseldorfer Konferenz richtete nach einer weiteren Feststellung der mit der Organisation der Polizeimaßnahmen für die Konferenz beauftragte fanonale Polizeikommandant an Borowski die Anfrage, ob er befandere Schutz und Ueberwachung für sich und die russische Delegation als angebracht und erwünscht betrachtete. Borowski erwiderte, daß er dies nicht für nötig halte und man sich nach seinen Wünschen. Uebrigens hat Borowski den Behörden nie von Bedrohungen Mitteilung gemacht, denen er ansahrscheinlich gewesen sein soll.

Attentat auf Caillaux.

Paris, 11. Mai. Wie der „Petit Parisien“ aus Toulon mitteilt, wurde gestern nachmittags der frühere Ministerpräsident Caillaux in Gemeinschaft von vier Freunden von einem Attentäter angefallen. Dieser Attentäter ist der Advokat Etelot, der bereits im November vorigen Jahres Caillaux tödlich angegriffen hatte. Wie aus den Einzelheiten hervorgeht, führte er sich mit anderen Manifestanten auf Caillaux, verlegte ihn durch Knüttelstöße am Schadel und an den Armen. Auch zwei Begleiter von Caillaux wurden verlegt. Der frühere Ministerpräsident brach bewußtlos auf dem Bürgersteig zusammen. Am Abend konnte er jedoch den Journalisten erklären, daß er eine Untersuchung beantragt habe, deren Resultat er baldigst erzwungen.

Gewaltenttückung des Vernichtungswillens Poincares.

Paris, 11. Mai. Poincare hat gestern seine Anwesenheit auf dem Nationalkongress der französischen Kriegsteilnehmer dazu benutzt, wiederum von der französischen Politik gegenüber Deutschland zu sprechen. Nachdem er erklärt hatte, daß das bestehende Frankreich eingeschlossen sei, sich den Sieg nicht erziehen zu lassen, nannte er die Kriegsteilnehmer die treuen Wächter für die bedrohten französischen Rechte und sagte: „Nach einem Krieg von vier Jahren, den Frankreich nicht provozieren hat und der ihm angebrachte Verluste an Menschen, Vertrieben und Geld zugefügt hat, hat ihm der Vertrag von Versailles ein Minimum von Entschädigung zugewiesen, zu dem aber weder tatsächliche Vorteile in bezug auf das Territorium noch die Rückzahlung der Kriegskosten gekommen sind. Man hat uns die Provinzen zurückgegeben, die man uns genommen hatte. Man hat uns vertrieben, die Schäden zu reparieren und Deutschland hat sich verpflichtet, uns zu entschädigen. Damit haben wir uns zufrieden gegeben. Vier Jahre sind beinahe vergangen und die meisten Verpflichtungen Deutschlands sind nicht erfüllt worden. Wir müßten feststellen, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen verletzt hat. Die Mitglieder der französischen Regierung haben sich dann um den höchsten Beamten der Republik gekümmert, als die Stunde gekommen war, Schritte zu machen und keine Bilanz da zu suchen, wo sich besonders der deutsche Reichtum befindet, das heißt in jener reichen Ruhrgegend, wo die Großindustrie der Wertvolle und der Metallurgie ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat und wo ihre arrogante Herrschaft unangenehm die Wästen des Reichs und die Politik des Reichs bestimmen. Die deutsche Regierung hat sofort begriffen, daß wenn wir die Bahrlosigkeit besitzen, unsere Initiativen mehrere Monate durchzuführen, wir unsere Schlachtgesetze sicher sein können. Man bildete sich auf Grund

einer alten Legende ein, daß die Franzosen unfähig seien, eine längere Anstrengung zu unternehmen. Die deutsche Regierung hat alles ins Werk gesetzt, um unsere Geduld matt zu setzen und fremde Interventionen herbeizuführen, um sie hat alles getan, um unsere Absichten zu entstellen und unser Vorgehen zu verkleinern. Sie hat Zwischenschritte herbeigeführt, die geeignet waren, unsere Aktion lahmzulegen oder zu unterbrechen. Um zu diesem Ziel zu gelangen, hat sie das Geld ihrer Reichsbank auszugeben, ihre Devisen veräußert und den Markflus künstlich gehalten. Dadurch hat sich die deutsche Regierung in eine bevorstehende Katastrophe begeben und schließlich in hinderlichen Vorschlägen ein Mittel gesucht, um ihrem Desaster zu entgehen, das ihr Dönmüt und ihre Faulheit hervorgerufen hat. Aber in diesem Versuch hat die deutsche Regierung ihre gemüßwärtige Geschäftlichkeit zu weit getrieben und in dem Bemühen, ihr Ziel zu erreichen, hat sie die ganze Welt es hermiten lassen. Sie hat gesagt, daß sie keine anderen Absichten hat, als den Vertrag von Versailles zu dekonstruieren und sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, anderen Sieg zu versprechen und für eine nahe Zukunft die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands sicherzustellen. Es mag noch blinde und Taube geben, die wirklich Augen haben und nichts sehen, und Ohren und nichts hören. Der Beweis aber ist heute erbracht. Ihnen“, so sagte Poincare zu den Anwesenden, „ist er überflüssig; aber er wird Ihnen dazu dienen, Frankreich in seinem Willen zu beharren, das ihm Geschändete zu fordern“. Zum Schluß erinnerte Poincare daran, daß er Vertrauen habe in den „moralischen Kampf“, in den Frankreich verwickelt sei. Es hänge von den Garantien und Methoden ab, ihn baldigst vorteilhaft zu beenden. Wir haben seit einigen Monaten viele Schwierigkeiten zu lösen gehabt. Wir sind ohne Zweifel auch noch nicht am Ende unserer Anstrengungen angelangt. Noch einige wenige Stunden, noch ein wenig Mut, ein wenig Vertrauen zu uns und ein wenig Vertrauen in die Zukunft des Landes, und wenn wir den Gipfel des Berges überschritten haben, dann werden wir vor uns den neuen Horizont erblicken. Die Wolken werden vom Himmel vertrieben, der Frieden, den Sie gewollt haben, der Frieden, den wir gewollt haben, der Friede der Gerechtigkeit, der lokale Friede wird endlich wieder vom wolkenlosen Himmel lächeln.“

Kritik an Poincare.

Paris, 11. Mai. Die getragene Rede Poincares, die eigentlich nichts weiter ist, als eine Wiederholung seiner Behauptungen von Schuld, Mut und Vertrauen, wird von der Regierungspresse überhaupt nicht kommentiert, dafür aber von den links stehenden Blättern ziemlich stark kritisiert. So schreibt die „Revue nouvelle“, man müsse bedenken, daß Poincare eine so beweisführende und unabweisbare Sprache führe, denn diese Rede befähige nochmals die Pfändervollmacht und beständige ferner, daß die Regierung entschlossen sei, durchzuführen, bis Deutschland allen seinen früheren Verpflichtungen nachgekommen sei. Poincare solle lieber demütiger sein und seinen Dönmüt müßigen, wenn es sich darum handle, mit den Verbündeten die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden, sowie des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas zu regeln. Das „Deuure“ schreibt: Poincare, der sich am Dienstag weigerte, in der Kammer Erklärungen über seine Außenpolitik abzugeben, ist gestern nach Paris gefahren, um das dort nachzubehalten. Zwei Dinge sind es, die Poincare besonders verabsieht: Man darf ihn nichts fragen und vor allem ihn auch auf nichts antworten!

Das Echo des Urteils von Werden.

Das Werdenener Kriegsgerichtsurteil wird von der öffentlichen Meinung Schwedens mit größter Empörung aufgenommen. Man sieht darin einen klaren Beweis dafür, daß die Franzosen auch vor keiner noch so schändlichen Gewalttat zurückzusehen und als die ihrer Macht sich vollbewußten rücksichtslosen Herren Europas eine planmäßige Kainrodendenpolitik treiben. „Kva Dagligt Allehanda“ schreibt: „Das Kriegsgerichtsurteil von Werden ist schlimmer als ein Verbrechen. Es ist eine Dummheit, die von Uebermut und Granlamkeit verblendete Menschen begehen konnten, damit ihre Verblendung vor aller Welt festgestellt werden kann. Aber was Frankreich auch tun mag, ist ja recht. Wüßte hat es jedenfalls den überwindenden Beifall der Welt für sich. Wie lange soll es eigentlich noch so weitergehen? Das „Aftonbladet“ bemerkt: „Man wundere sich, wie lange die Terrorherrschaft der öffentlichen Meinung Europas noch ungestraft fortdauern darf. Für Poincare und seine Waffenbrüder hat die Geschichte von Waterloo augenscheinlich nicht die geringste abschreckende Bedeutung. Es will indes scheinen, als ob Werden für Frankreich zu einem moralischen Waterloo geworden ist.“

Setzt erst recht Treue und Hilfe den Ruhrkämpfern. Geht weiter zum Deutschen Volksoffer!

Erhöhung der Geldstrafen.

Durch das Geldstrafengesetz vom 27. April 1923 (RGBl. Seite 254) sind mit Wirkung vom 1. Mai d. J. ab die Geldstrafen bei Uebertretungen bis zu 300.000 Mk. erhöht worden. Vorbehaltlich der Regelung durch das Landesrecht, über deren Inhalt f. Zt. weitere Bekanntmachung erfolgen wird, ist nach Art. 3 a. a. O. bis auf Weiteres davon auszugehen, daß auch die Zuständigkeit der Ortsvorsteher auf das Einzahlensfeld der bisherigen Strafbesugnis (vergl. Art. 164 Gem. O. in Verb. mit Ziff. 6 des Min.-Verl. vom 20. März 1922, Amtsbl. S. 123) erhöht ist. Für sämtliche nach dem 30. April begangenen Straftaten ist daher auf eine dem neuen Strafrahmen entsprechende Geldstrafe zu erkennen. Insbesondere unterliegen ohne die obramtliche Erlaubnis stattfindende Tanzunterhaltungen den neuen hohen Strafen, die in Durchführung der Verfügung des Ministeriums des Innern betr. Bekämpfung der Vergnügungs- und Genussucht gegen die Wirte, Veranstalter und u. U. die Beteiligten Anwendung finden werden.

Neuenbürg, den 12. Mai 1923. Oberamt: Wagner.

Neue Bestimmungen
auf den täglich erscheinenden „Guzeller“ werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Ausdrägern entgegengenommen.

